

Jugendgruppen.
Versammlung des
Jugendgruppen
und war. Die
Vorführten Zel.
Inschließend folg-
zeit, Rechnungs-
gen. Mit einem
bände und unsere
ung zur Führer-
erschulung durch-
referenten: „Dom
(Gertrud Pafch,
te Bächler-Augs-
aus der Praxis
gestalte ich einen
Beisammensein,
von Herrn Pastor
he Gebot“, Mark.
hrift in Volk und
wir als Christen
Zeit“ (E. Bächler)
he heute für uns
uffusion wurde fest-
Nachkriegsjahren,
ldigte, feiner ur-
Soziale Jugend-
bekannte: „Wir
herem Volk durch
treiben ein Vater-
wollen deutsche
llen an deutscher
rnde und harmo-
ernten Verant-
kenntnis zu den
hft, doch sind da-
end nicht zu kurz
Dom zu Speyer,
den Zaub der deut-
merinnen je ver-

Nachrichten.

reie Plätze kosten
Verfügung.

felder NSKK 20
und Veteranen zur
und gebrechlichen
Rundgebung teil-
kosten entstehen,
machen wünschen,
stets bis Dienst-
Grenzlandhund-
t, Zimmer 3, Tele-
damit die Plätze
die Wagen fahren
im Kesselbrink ab-
hätten.

Erholungshaus
AM.

sen. Pensionpreis
60.- RM monat. an
den Besitzer der Heime
Nordseebad Norddorf.

Frühlingssaal
500 RM
150.-
el. Haus
nur Konsumvertrieb
Nordstraße 11 17

Berghaus Golden

ungsheim an wunder-
loge des Berner Ober-
ladet Erholungs- und
dürftige zum Besuche
et bei bescheidenen
rgältige Verpflegung
in traullicher Hausge-
innen- und Quellbad.
Prospekt v. Hauswaler
I. Burckhardt, Pfr.

Montag, 8.15 Uhr
g 8 Uhr in Golen
m m l u n g.

er Haupt- und
erbaum-Bielefeld,
1933, abends 8 Uhr
m stattfindenden

bericht. 2. Rassen-
t 1933/34. 5. Um-
len bezw. Umschal-

es Aufsichtsrates.

Bethel.

wird von jetzt ab
wir unsere ver-
nehmen.
der Anstalt Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.35 und
0.35 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Eingelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Andersgabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenspalte oder deren Raum 10 Mennta.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 26 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 120.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 24. Mai 1933.

15. Jahrgang.

Nichts zu viel.

Solon.

Evangelische Laien und Theologen vereinigt euch!

**Aufgaben und nächste Ziele der Glaubensbewegung
„Deutsche Christen“.** — Eine Unterredung mit D. Weichert,
dem Leiter des Verbindungsdienstes.

Missionsinspektor D. Ludwig Weichert, der an der Durchführung des neuen Kurses der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ unter der Oberleitung des Bevollmächtigten des Reichskanzlers, des Wehrkreispfarrers Müller, maßgeblich beteiligt ist, gewährte dem Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ Dr. Hans Beyer eine Unterredung, in der er einige Fragen, die durch die Neuordnung akut geworden sind, beantwortete.

Frage 1. „Die Öffentlichkeit ist durch die Vielzahl kirchlicher Proklamationen recht verwirrt worden. Neben den Mitteilungen der kirchlichen Führung und den neuen Richtlinien der „Deutschen Christen“, die hin und her im Reiche noch in Gegensatz zu den alten Richtlinien gestellt werden, sind in der letzten Zeit Aufrufe und Stellungnahmen verschiedener Bewegungen erschienen, so insbesondere von Seiten der jungreformatorischen Bewegung, der Freunde des Alttestaments, des pommerischen Lutherbundes für lebendige Volkskirche und der reformierten Kreise, die nur bei klarer theologischer Sicht in ihrer Zusammengehörigkeit zu erkennen sind. Wenn man diese Rundgebungen bis auf die Wurzel prüft, so erkennt man, daß ihnen allen gemeinsam ist, von innen heraus und von Grund auf eine Erneuerung der Kirche von ihrem Wesen her anzustreben, wobei halbe Arbeit abgelehnt wird. Wissen Sie, sehr geehrter Herr Doktor, einen Weg, der sich vielleicht anbahnenden Zersplitterung irgendwie zu begegnen?“

„Auch ich habe mit steigender Sorge den Eindruck gewonnen, daß im Kirchenvolk durch die Vielzahl der Rundgebungen und durch eine nicht immer glückliche Presseberichterstattung tatsächlich eine bedenkliche Verwirrung entstanden ist. Wer die Ereignisse der letzten Wochen und die an ihnen beteiligten Persönlichkeiten wirklich kennt, muß freilich feststellen, daß diese Verwirrung weniger sachliche als personelle Ursachen hat. Durch die Auseinandersetzungen der letzten Zeit ist in aller Deutlichkeit erkennbar geworden. Wo sich die Kräfte gesammelt haben, die ohne persönliche Ambitionen eine gründliche Reform der Kirche an Haupt und Gliedern unter Einsetzung größter Opfer und mit weitgehendster Auswertung der theologischen Arbeit und der kirchlichen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts erkämpfen wollen. Für die gegenwärtige Aufgabe aber gab es keine Plattform, auf der diese Kräfte unter Berücksichtigung ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihres besonderen Charakters zu sachlicher Arbeit zusammengeführt werden konnten.“

Es gibt weder eine so überragende Persönlichkeit des theologisch-kirchlichen Lebens, noch eine theologische oder kirchenpolitische Gruppe alter Prägung, die in dieser Stunde in der Lage gewesen wäre, dem Volke und der Kirche diesen Dienst zu tun. Nur die „Deutschen Christen“ sind dazu in der Lage.

Der gar nicht hoch genug zu veranschlagende Wert der neuen Richtlinien der „Deutschen Christen“ liegt u. a. darin, daß sie eine Sammlung der wahrhaft reformatorischen und volksmissionarischen Kräfte nicht nur ermöglichen, sondern geradezu herausfordern.

Um in diesem Zusammenhange einer Fülle von Zweifeln zu begegnen, die in den letzten Tagen laut geworden sind, muß hier mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß die neue, von dem Reichskanzler anerkannte Oberleitung der „Deutschen Christen“, die in den Händen des Wehrkreispfarrers Müller liegt und von ihm mit absoluter Zielklarheit geführt wird, entschlossen ist, im Bewußtsein aller Konsequenzen die ganze Bewegung nur noch nach diesen neuen Richtlinien und ihrem inneren Sinn zu entwickeln.

Ihnen wird ohne weiteres klar sein, daß die neuen Richtlinien ihrem Wesen und ihrem Inhalt nach die oben erwähnte Plattform schaffen. Es liegt in dem Wesen unserer Bewegung, daß bei einem solchen Zusammenrücken aller in Frage kommenden Kräfte die „Deutschen Christen“ die Führung beanspruchen müssen. Das bedeutet nicht, daß eine tiefgehende und sachliche Aussprache über noch offene Fragen ausgeschlossen sein soll; sondern im Gegenteil: sie wird auf dieser kirchenpolitischen Plattform erst möglich sein. In der Befahrung dieser Erkenntnisse sehe ich den Ausweg aus den von ihnen mit so viel begründeter Sorge geschilderten Schwierigkeiten.

Frage 2. „Ist es nicht zu beklagen, daß sich offenbar auf der einen Seite die Theologenschaft zusammenfindet, während auf der anderen Seite die Volksbewegung der „Deutschen Christen“ gerade in der Laienwelt immer neue Kreise umfaßt, ohne daß bisher beide Teile aus der Erkenntnis heraus, daß Lehre und Gemeinde gerade für die gegenwärtige Aufgabe notwendig zusammengehören, in das unerläßliche Arbeitsverhältnis kommen konnten?“

„Gerade aus dieser Erkenntnis erstrebe ich die Bildung eines Arbeitsringes aller für die Erneuerung der Kirche kämpfenden reformatorischen und volksmissionarischen Bewegungen. Es ist mir völlig klar, daß die Neugestaltung der Kirche auf keinen Fall allein von der Theologenschaft her bestimmt werden kann. Es wäre mehr als Torheit, wenn sowohl die theologischen Gruppen, wie die Kirchenbehörden die außerordentliche Bedeutung unserer Volksbewegung unterschätzen würden, weil einige ihrem Empfinden unangenehme Forderungen und Vorkommnisse sie erschreckten. Auf der anderen Seite wäre es verhängnisvoll, wenn man mit taktischen Mitteln versuchen wollte, diese Volksbewegung zu geeignet erscheinender Zeit als willkommener Faktor in die eigenen Pläne einzufassen. Beide Teile werden als sich ergänzende gleichwertige Partner erst in der Lage sein, das große Werk wirklich zu vollenden.“

Frage 3. „Auch Ihnen ist ja wohl nicht unbekannt, daß die „Deutschen Christen“ sehr verschieden beurteilt werden. Das dürfte einmal auf die landschaftlichen Unterschiede in der öffentlichen Meinungsbildung zurückzuführen sein. Insbesondere aber besteht der Eindruck, daß es neben einem auf politische Gleichschaltung hinstrebenden Flügel einen anderen Flügel gibt, der die

innerkirchliche Erneuerung im Sinne einer reformatorischen Kirche des deutschen Volkes will und als dessen Exponent sie, Herr D. Weichert, von Anfang an gegolten haben. Ist dieser Eindruck richtig?“

„Es ist in der Tat so, daß die „Deutschen Christen“ als eine wirkliche Volksbewegung bisher kein einheitliches Bild boten — wie das übrigens bei jedem neuen Aufbruch der Fall gewesen ist und bleiben wird. Ich erinnere nur an den Anfang des Nationalsozialismus. Der Hinweis auf die Tatsache, daß in manchen Landschaften Deutschlands die neupietistische Gemeinschaftsbewegung sich den „Deutschen Christen“ angegliedert hat, während in anderen Gauen die bisher angeblich der Kirche entfremdete Männerwelt, die vor der Kritik der Pietisten niemals bestehen würde, ebenso entschlossen mit der Bewegung marschiert, zeigt, was ich meine.“

Es muß daher notwendigerweise dahin kommen, daß sowohl bei der Werbung für die Bewegung, als auch bei der Auseinandersetzung über die wichtigen Fragen der Neugestaltung des kirchlichen Lebens starke Unterschiede deutlich wurden, um so mehr, als in der Regel die Träger einer Volksbewegung nicht ein Jahrzehnt hindurch reformatorische Theologie betrieben haben.

Die so erklärten Gegensätzlichkeiten in den Arbeitsmethoden und in der Ausdrucksweise der Bewegung machte es aber, je länger desto mehr, notwendig, die in der Wurzel zusammengehörenden Zweige der Bewegung als die gegebene organische Einheit darzustellen. Das scheint mir mit den neuen Richtlinien erreicht zu sein. Daß sich dabei die Befinnung auf die innerkirchliche Lösung der Aufgaben durchgesetzt hat ist mir, wie sie begreifen werden, eine ganz besondere Freude.“

Kirchliche Chronik

Als Nachtrag zu den Artikeln über die „Kirchliche Lage“ folgt hier noch als Schlußabschnitt der grundsätzlichen Erörterung ein Wort über die Frage

Kirche und Rasse.

Daß nicht nur für den Staat, sondern auch für die Kirche die Rasse eine besondere Bedeutung haben soll, wird in einigen Sätzen der Deutschen Christenheit behauptet. Das kirchliche Bahlrecht, auch die Uebernahme des Pfarramtes soll durch die Zugehörigkeit zur arischen Rasse bedingt werden. Die Stellung des Evangeliums zur Rassenfrage ist im Grunde schon eindeutig entschieden durch das Apostelwort: Hier ist nicht Jude noch Grieche... denn ihr seid allzumal einer in Christo Jesu (Gal. 3, 28). Diese einzelne Stelle ist nur ein Ausdruck der einheitlichen Haltung des ganzen Evangeliums, welches um des einen Herrn willen, vor dem es keinen Unterschied in der Bewertung des Menschen gibt, jeden Rassenstolz ausschließt, er möge nun ausgehen von Arien oder Nichtariern. Es ist ja eine merkwürdige Tatsache, die zur Besinnung auffordert, daß dem arischen Rassenstolz vom zionistischen Judentum her der jüdische Rassenstolz in ganzer Schärfe entgegengesetzt wird. So wird in einer Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“, die im April erschienen ist, gefordert: „Zum Judentum ja sagen, das ist der moralische Sinn des gegenwärtigen Geschehens. Man erinnert uns, daß wir Juden sind, wir sagen ja und tragen es mit Stolz.“ Im Verfolg dieser Haltung nimmt das genannte Blatt Stellung gegen jüdische Renegaten, d. h. getaufte Juden. Die Letzteren werden also von beiden Seiten zurückgewiesen, von den selbstbewußten Juden und von den Deutschen, welche die arische Abstammung bis hin in die Ahnenreihe zum Kennzeichen des deutschen Volksgenossen machen. Da können dann solche Fälle vorkommen, wie sie ein „Dietrich aus Hermannsburg“ im „Reichsboten“ berichtet: „Hier in Hermannsburg hat vor Jahren ein jüdisches Mädchen unter erbitterten Verfolgungen ihrer Angehörigen ihren Christenglauben bekannt und ihren Uebertritt zum Christentum vollzogen und in der Folge einen christlichen Mann geheiratet. Jetzt stößt man ihren Sohn, der sich dem Studium der Theologie widmet, als Nicht-Arier aus dem Studentenschaft aus.“ Der Schreiber fügt hinzu: „welchem Christen soll das nicht die Schamröte ins Angesicht treiben?“ Hat der Staat ein Recht, gegen alle jersetzenden Einflüsse des Judentums schonungslos vorzugehen, so bleibt der Kirche, so lange sie noch Kirche des Evangeliums sein will, jedem Menschen gegenüber, ganz gleich welcher rassischen Abstammung er ist, die Aufgabe, ihm die Gnade Gottes zu seiner Errettung zu verkündigen.

Wird überhaupt die Bedeutung der Rasse in die Aufgaben der Kirche mit hineingezogen, so kann es keine andere sein als die, daß wir als deutsche Christen eine besondere Verantwortung gegenüber der Rasse haben, der wir selber angehören. In jeder Rasse ist beides gemischt, eine Gabe Gottes, welche jede Rasse mit besonderen Eigentümlichkeiten und Fähigkeiten ausgestattet hat, und ein besonderer Mangel, durch welchen jede Rasse als mit der Sünde behaftet auch ihren besonderen Hohlraum hat, mit dem sie immer wieder unter Gottes Vergebung und seine reinigende Kraft treten muß. Geht man heute in der berechtigten Freude am Volkstum so gern auf die Schöpfungsordnung zurück, so darf die Ehrerbietung vor Gott dem Schöpfer keinem Wesen gegenüber vergessen werden, das durch Gottes Schöpferkraft ins Leben gerufen worden ist. Der ganze schwere Komplex der Judenfrage soll in diesem Zusammenhang nicht angerührt werden. Hier handelt es sich nur darum, davon zu warnen, daß von Seiten der Kirche nicht ein dem Evangelium fremdes Element durch die Betonung der Rasse in die gegenwärtigen Erörterungen über die Erneuerung der Gestalt der Kirche hineingebracht wird.

Zur Fortsetzung dessen, was unter dem Titel „Kirchliche Lage“ über das bisherige kirchliche Geschehen gesagt ist, sollen nunmehr unter der obigen Ueberschrift die weiteren wichtigsten Rundgebungen veröffentlicht werden, damit unsere Leser auf dem Laufenden bleiben. Zunächst ist es wichtig, die neuen Richtlinien der „Deutschen Christen“ zu erkennen. Nachdem Wehrkreispfarrer Müller die Oberleitung der Glaubensbewegung übernommen hat und Prof. D. Fezer-Tübingen als Vertrauensmann für alle deutsch-evangelischen Fakultäten hinzugezogen ist, haben die Richtlinien in bemerkbarem Unterschied gegen die ursprüngliche Fassung folgenden Ausdruck gefunden:

Ziel der Bewegung:

In der nationalen Erhebung hat in unserem Vaterlande in einzigartiger Weise der Staat den Weg zum deutschen Volke und das deutsche Volk wieder den Weg zum Staat gefunden. Es sieht so aus, als wollte das deutsche Volk in der Befinnung auf die tiefsten Quellen seines Lebens und seiner Kraft auch wieder den Weg zur Kirche finden. Die deutschen Kirchen haben darum alles zu tun, daß dies geschehen könne. Denn eine deutsche Kirche neben dem deutschen Volke ist nichts als eine leere Institution. Christliche Kirche im deutschen Volk ist sie nur, wenn sie Kirche für das deutsche Volk ist, wenn sie dem deutschen Volk in selbstlosem Dienst dazu hilft, daß es den von Gott ihm aufgetragenen Dienst dazu

411

Stadt-Bibliothek

S 839

hilft, daß es den von Gott ihm aufgetragenen Beruf erkennen und erfüllen kann.

Dies ist nach wiederholten Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers das letzte Ziel auch für die heutige Staatsleitung. Ihr Verhältnis zur Kirche ist darum ein ganz anderes, als es das desjenigen Staates gewesen ist, der in unglaublicher Verblendung die letzten Wahrheiten und tiefsten Kräfte des Lebens als für den Staat nicht in Betracht kommend behandelte. Der neue Staat will die Kirche. Nicht um an ihr ein gefügiges Werkzeug zu haben, sondern weil er weiß, wo eines Volkes Fundamente liegen. Mit den Aufgaben des Staates sind darum die Aufgaben der Kirche ins Ungeheure gewachsen. In der Gestalt, die die deutschen Kirchen heute haben, sind sie zur Erfüllung dieser Aufgabe nicht imstande. Den deutschen Kirchen eine Gestalt zu geben, die sie fähig macht, dem deutschen Volke den Dienst zu tun, der ihnen durch das Evangelium von Jesus Christus gerade für ihr Volk aufgetragen ist, das ist das Ziel der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“.

Zur Erreichung dieses Zieles fordern wir:

1. Eine neue Kirchenverfassung, welche die Organe kirchlichen Lebens nicht nach dem demokratischen Wahlsystem bestellt, sondern nach der Eignung, die sie im Dienst an der Gemeinde bewiesen haben.
2. Eine einheitliche Leitung mit einem geistlichen Führer, der die maßgebenden Entscheidungen persönlich zu treffen und zu verantworten hat.
3. Vereinigung der evangelischen Landeskirchen zu einer Deutschen Evangelischen Kirche bei pietätvoller Wahrung geschichtlich begründeter Sonderrechte.

Wir treten ein:

1. Für die völlige Wahrung des Bekenntnisstandes der Reformation, verlangen aber eine Weiterbildung des Bekenntnisses im Sinne scharfer Abwehr aller modernen Irrlehren, des Mamonismus, Bolschewismus und des unchristlichen Pazifismus. Die Kirche soll in ihrer Sendung als deutsche reformatorische Kirche uns die Waffen für den Kampf gegen alles unchristliche und volksverderbende Wesen liefern. Die ewige Wahrheit Gottes, wie sie uns in Jesus Christus geschenkt ist, soll in einer dem deutschen Menschen verständlichen Sprache und Art verkündet werden. Die Ausbildung und Führung der Pfarrer bedarf einer gründlichen Umgestaltung im Sinne größerer Lebensnähe und Gemeindev Verbundenheit. Der Wortverkündigung durch erweckte, nicht akademisch vorgebildete Glaubensgenossen soll der Weg frei gemacht werden.
2. Für das Werk der deutschen evangelischen Heidenmission, das der Missionsbefehl Christi von der Kirche fordert und das wir als ein heiliges Erbe von den Vätern übernehmen. In der Anerkennung der Verschiedenheit der Völker und Rassen als eine von Gott gewollte Ordnung für diese Welt fordern wir, daß durch die Heidenmission das Volkstum fremder Völker nicht zerstört werde. Wir sehen in der deutschen evangelischen Mission als Kind der deutschen Reformation den berufenen Anwalt für diese Erkenntnis innerhalb der protestantischen Weltmission. Aus diesem Verständnis der Mission sehen wir in ihr „die Bekenntnis handlung der Kirche in geschichtlicher Lapidarschrift“.
3. Für kirchenordnungsmäßig verankerte Pflichten und Rechte aller Gläubigen im Sinne Joh. Hinr. Wicherns, des Vaters der Inneren Mission.
4. Für durchgreifende Maßnahmen, die es den arbeitswilligen, fleißigen und strebsamen Volksgenossen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt ehrlich zu erwerben und beizugehen einen deutsch-christlichen Haushalt zu gründen, in dem die Freude an dem Aufwachen einer

fröhlichen Kinderchar Glücklich und Segen verbürgt. Auch muß die Kirche den Geist guter kameradschaftlicher Volksgemeinschaft pflegen, weil wir vor Gott nicht nur für uns selbst, sondern auch für unseren Nachbar die Verantwortung tragen.

5. Darum auch für kräftigen Ausbau der christlichen Liebestätigkeit innerhalb der Kirche; alle damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Unternehmungen müssen unter ausreichender kirchenbehördlicher Aufsicht stehen.
6. Für christliche Schulen und Erziehung der gesamten Jugend in einem Geist, der die im Volkstum und Heimat uns geschenkten Güter dankbar aufnimmt, treulich pflegt und als heiliges Vermächtnis an das nächste Geschlecht weitergibt.
7. Ueberhaupt für kirchliche deutsche Sitte und Zucht in Stadt und Dorf, für Sonntagsheiligung und Pflege jeglichen, in unserer Rasse und unserem Volkstum verankerten, guten, frommen, deutschen Brauches.

Wir verpflichten uns:

— und verlangen diese Verpflichtung nicht nur von den beauftragten Organen der Kirche, sondern darüber hinaus von allen evangelischen Männern und Frauen —

zum Dienst in unseren Gemeinden.

Dienen wollen wir:

durch unermüdliche Werbung für unsere Gottesdienste; durch ritterliches Eintreten für die Armen und Hilfsbedürftigen; durch Verteidigung unseres Glaubens, wo er angegriffen oder in Frage gestellt wird; durch treues evangelisches Bekenntnis auch in aller Öffentlichkeit.

Dienen wollen wir:

durch unsere Kirche unserem Gott und eben deswegen unserem Vaterland.

gez. Müller. gez. Fezer.
gez. Hoffenfelder. gez. Weichert.

Ferner sind sehr bemerkenswert die neuesten Richtlinien der jungreformatorischen Bewegung:

Im Namen der jungreformatorischen Bewegung gab Prof. Dr. Dr. Schreiner zu den brennendsten Fragen kirchlicher Neugestaltung folgende programmatische Erklärungen ab:

I. Die neue Gestalt der Kirche.

1. Die neue Gestalt der Kirche kann nur Einheitskirche in lebensvoller Gliederung sein. Diese Forderung ergibt sich aus der gewissenhaften Beachtung des geschichtlichen Werdegangs der Reformationskirchen und ihrer verschiedenen Bekenntnisse, sowie im Blick auf das volksdeutsche Kirchentum der Welt.
2. Die Einheit der Kirche kommt als Führung des Gesamtprotestantismus in allen Reichsfragen zum Ausdruck. Der Einfluß der Kirche im Reich und im Rat der Reformationskirchen der Welt ist Aufgabe der evangelischen Kirche deutscher Nation.
3. Eine schematische Uebertragung politischer Gleichschaltung auf die Kirche ist ein Verrat an Staat und Volk. Sie macht die Kirche unfähig zu der Aufgabe, in unbestrichlicher Klarheit der Nation mit dem Worte Gottes zu dienen.
4. Da die kirchlichen Reichsfragen als Sofortprogramm zu gelten haben, tritt das Problem der Union zunächst in den Hintergrund. Ihre staatsrechtlichen Grundlagen bedürfen im Blick auf die abgetretenen Gebiete besonderer Berücksichtigung. Wir erwarten aber, daß die gegliederte Bekenntnisprägung der Lutheraner und Reformierten innerhalb der Union in wirksamer Gestalt heraustritt.

II. Die Führungsfrage.

1. An der Spitze der neuen Kirche hat ein geistlicher Führer zu treten, der in persönlicher Verantwortlichkeit

und freier Entscheidung die Gesamtkirche unbeschadet der reformierten Sonderart leitet.

2. Das lähmende Kollegialsystem und abgelebene Wahlmethoden haben keinen Raum mehr in der Kirche. Ein Rat der Landesbischöfe und kirchliche Arbeitsämtern haben dem obersten Bischof zur Seite zu stehen.

3. Der oberste Führer der evangelischen Kirche deutscher Nation ist der Reichsbischof lutherischen Bekenntnisses.

4. Die Einsetzung des ersten Reichsbischofs kann weder auf demokratischem Wege durch Volkswahl, noch durch Ernennung von Seite der staatlichen Obrigkeit erfolgen, sondern allein durch die Kirche selbst.

5. Wir wiederholen mit Entschiedenheit unsere Forderung nach sofortiger Ernennung des Reichsbischofs. Für die jungreformatorische Bewegung kommt als Reichsbischof nur ein Geistlicher in Frage, der das Vertrauen der bestehenden und arbeitenden Gemeinden besitzt. Wir denken an einen Mann wie Friedrich von Bodelschwingh.

6. Da das Wort unseres Kanzlers von der Freiheit und Selbständigkeit der Kirchen uns heilig ist, fordern wir, daß diese Freiheit sich auch in dem symbolischen Akt der Ernennung des Reichsbischofs unabhängig von staatlichen Instanzen ausprägt. Nur ein von der Kirche selbst gesetzter Reichsbischof kann Autorität und Würde der Kirche im Volks- und Staatsleben verkörpern.

III. Die Bekenntnisfrage.

1. Wir sind mit allen anderen kirchlichen Bewegungen in dem Willen einig, die Bekenntnisgrundlage der Kirche zu wahren.

2. Wir folgern daraus: daß das geforderte neue Bekenntnis der kommenden Kirche eine gegenwartsnahe Entfaltung der reformatorischen Bekenntnisse für die aktuellen Fragen der Ehe, des Volkes, der Rasse und des Staates sein muß.

3. In Übereinstimmung mit den neuen Thesen der Deutschen Christen fordern wir eine Abgabe an alle modernen Irrlehren, vermissen aber in jenen Leitfäden auch die entschlossene Abwehr der völkischen Irrlehren des Tannenbergbundes, Hermann Births, Bergmanns und anderer, welche den Glauben der Gemeinde zu zerlegen drohen.

IV. Die Fragen des Gemeindeaufbaus.

1. Die Kirche ist zum Dienst an Volk und Staat nur dann befähigt, wenn die Gemeindeglieder zu neuer kirchlicher Verantwortlichkeit gerufen werden. Ein Weg zur Aktivierung der Gemeinde, nicht zu zerfahrener Betriebsamkeit, sondern zu missionarischer Willensbildung, sind Laienschulung und Bildung von Kampfverbänden. Gerade das Führungsprinzip verlangt die Erziehung zur kirchlichen Verantwortlichkeit der Gemeindeglieder.

2. Die Auslese der künftigen Pfarrer setzt geistliche Berufung voraus und fordert menschliche Bewährung. Formale geistliche Schulung und theologische Kenntnisse müssen in Verbindung mit dem Leben des Volkes gebracht werden. Wir begrüßen ein praktisches Jahr, das den zukünftigen Pfarrer in echtem Kameradschaftsdienst mit Menschen aller Volksschichten vereinigt.

3. Das Ziel der evangelischen Kirche deutscher Nation ist die lebendige Gemeinde. Es genügt heute nicht, unverbindlich und allgemein zu erklären, die Kirche müßte sich auch in Zukunft der Armen und Hilfsbedürftigen annehmen, sondern es gilt, die harte Not derjenigen Menschen mitzutragen, die durch das unvermeidliche politische Kampfschicksal in ihrer seelischen und sozialen Existenz erschüttert sind. Die Kirche weiß, daß der Staat das Schwertamt führen muß, und daß dieses Amt Härte fordert. Um so größer aber ist die Aufgabe der Kirche, im Gehorsam unter das Liebesgebot Jesu eine Stätte der Versöhnung für alle zu sein, welche ihren Dienst begehren.

Der verachtete Ikarus.

Zum 85. Geburtstag Otto Lilienthals.

Ein uralt Sehnen der Menschheit war es, es dem Vogel in den Lüften gleichzutun, sich frei in den klaren Aether hoch hinauf zu erheben und frei aller irdischen Schwere zu fliegen. Jahrtausende verrauchten seit griechische Sagenzähler von Dädalos und seinem Sohn Ikarus berichteten, die als erste Menschen auf Vogelschwüngen den Boden des irdischen Planeten unter sich ließen. Seit Ikarus ins Meer stürzte, hat dieses uralte Sehnen die Menschheit nicht mehr ruhen lassen. Immer wieder wurde mit den Mitteln aller Zeiten das große Wagnis versucht, immer wieder haben durch die vielen Jahrhunderte Menschen ihre Höhensehnsucht mit dem Leben bezahlt. So heiß dieses Sehnen war, so nahe wohnte neben ihm der Irrtum. Seit Ikarus haben zwei Jahrtausende versucht, beim Fliegen den Flügel Schlag des Vogels nachzuahmen. Noch vor wenigen Wochen hat auf Deutschlands größtem Flugplatz ein Greis versucht, den Erfolg im Ruder Schlagflug zu finden, zu einer Zeit, als das motorisierte Schwebeflugzeug schon längst seinen Sieg davon getragen hatte; es war Gustav Lilienthal, der am ersten Februarstag dieses Jahres gestorben ist.

Auch sein großer, so viel verlachter Bruder, Otto Lilienthal, der Altmeister der Flugkunst, verfolgte die Idee des Ruder Schlagfluges. Gerade als Otto Lilienthal seine allerersten Versuche mit einem Motorflugzeug begann, endete sein technisches Siegesleben als Opfer menschlichen Erfindungsgeistes. Otto Lilienthal war der erste Mensch, der vom Ruder Schlagflug abging und sich nach 1890 mit dem Gleitflug zu beschäftigen begann,

also der erste Mensch, der den Flug des Königs der Lüfte, des Adlers, nachahmte. So sehr Otto Lilienthal damals auch gerade von den Bewohnern seiner engeren Heimat, den Berlinern, verlacht worden war, so ungeheuer weittragend war dennoch seine Pioniertätigkeit, derer zu gedenken sich auch an einem so unrunder Geburtstag wie dem 85. lohnt. Otto Lilienthal, der moderne Ikarus, ist am 23. Mai 1848 in Anklam geboren; knapp 3 Monate nach seinem 48. Geburtstag, am 9. August 1896, verunglückte er dicht bei Berlin, nachdem er mehr als 2000 Gleitflüge durchgeführt hatte, und am nächsten Tag erlag er seinen schweren Verletzungen.

Wenn es wahr ist, daß immer erst Jahre vergehen müssen, ehe sich eine wahrhaft große Idee durchsetzt, dann ist Otto Lilienthal dafür der schlagendste Beweis. Wenn wir heute wissen, daß das Jahr 1891 mit goldenen Lettern in die Geschichte der Menschheit eingetragen werden muß, weil es in diesem Jahre zum ersten Male, seit Menschen leben, gelang, daß sich ein Mensch mit einem Apparat in die Luft erhob, der schwerer als Luft war, so war die damalige Zeit erheblich anderer Meinung. Ganz Berlin, ganz Deutschland, die ganze Welt hielt die beiden Brüder Lilienthal für Narren und Betrüger und lachte sie außerdem noch gehörig aus. Nachte man einst: „Nun hat er sich endlich das Genick gebrochen“, als am 10. August 1896 die Todesnachricht sich verbreitete, so hat es erst eine ganze Reihe von Jahren gebraucht, bis wir erkannten, daß es einem Deutschen bestimmt gewesen ist, sein Leben zu opfern, um einen uralten Sehnsuchtstraum der Menschheit zu verwirklichen. Es kommt hinzu, daß gerade seine Versuche über den Gleitflug richtunggebend wurden, als nach dem verlorenen Krieg der deutschen Luftfahrt schwere Fesseln angelegt wurden. Der Segel-

flug knüpft unmittelbar an das an, was einst Lilienthal versuchte. Auch das, was sonst in den ideenreichen Köpfen der beiden Brüder Lilienthal erdacht wurde, vervollständigt den Eindruck größter geistiger Weltgestaltung. Neben der Konstruktion einer Heizanlage war es die Volksbühne, für deren Errichtung beide Brüder eintraten; und wenige wissen, daß auch der Ankersteinbaukasten von ihnen erfunden ist.

Frankreichs Menschenmangel und sein Kolonialreich.

Die geologische Erforschung Französisch-Westafrikas steht noch in den Kinderschuhen. In seiner heutigen Form wurde der Geologische Dienst durch eine Verordnung des Generalgouverneurs vom 28. Juli 1930 vorgegeben. Staatsrechtliche Schwierigkeiten und die Unmöglichkeit, in Frankreich sofort die benötigte Zahl von Anwärtern aufzutreiben, führten dazu, daß das Personal durchschnittlich erst im März 1931 in Dakar eintraf, wo sich die Zentrale befindet. Der Außendienst steht unter der Leitung von M. Malavon, Ingenieur au Corps des Mines, der zugleich der Chef der Section des Mines ist. Sein Mitarbeiterstab besteht aus elf Geologen, unter denen man bezeichnenderweise die neun folgenden „französischen“ Namen findet: Volgarfki, Dobrjanski, Goloubinow, Postowoyk, Prokopenko, Reformafski, Segafski, Serpokrjlow und Schaowki. So wenig ist Frankreich also in der Lage, sein riesiges Kolonialreich mit eigenen Fachleuten zu versorgen! Aber Deutschland mit seinem Heer von hungernden Akademikern gönnt man nicht einen Fußbreit kolonialer Erde!

Die französische... empfindlichen... ausfühlt der Abri... Antrag, die deut... heeresbestände i... adt gegen sechs... gligen Antrag für... der kleinen Ent... Deutschland Def... Schweden, Unge... Ein anderer An... Berechnung der... ebenfalls mit Ab... Bei der Able... mar die französische... der deutschen Hil... unter Hinweis au... Kanzlers hin bean... Beratungen auszu... Bekanntlich hat... polizei noch im... ihrer... Es kam dann da... Franzosen viel m... das ihnen offenba... Spionagebericht in... General Sch... lende Verfügung... Bildung geschloß... juridischgenom... Gelegenheit wied... jolen abermals a... Wiederholt i... in diesen Berat... Spionage bed... gewiesen, daß sch... Schaffung des m... Angaben der ver... danken leiten li... wenig sich die h... handlungen des

Warnung vor

Zu der stiel... Entwicklung der... überwachungsst... Notierung von 1... handel die Gestel... rechnung des Ge... port, Versicherun... überwachungsst... spanne von 12 b... preis im Einzelh... Schon vor 14... überwachung in... rungen darauf l... Neigungen entfi... keine Erhöhung i

Deuts... Vereinheitlich

Auf Veran... Staatsrats und... des Inneren fa... der Vorliegenden... Deutschen und... Reichs st ä d t... tages West... oing st ä d t e f... Die Borfih... ten der Verbän... der es heißt:

„Wir haben... künftig nur no... und keine Land... tung der deutsh... erkennen wird... dingsungslos für... Führer des „D... unverzüglich al... poratio oder m... Gemeindegat“... Oberbürgermei... derlich erschei... obigen Zieles... auch rechtsgelch... Oberbürge... Städtetag die 2... munalen Spitz...

Befr

Die Beslag... higen Staatsr... Zur Erhrung i... 26. Mai 1933... Tages, an dem... freierung der M... kommunalen I... perichaffen des... öffentlichen Se... treuflagge un

Deutscher Erfolg in Genf

Keine Anrechnung der Hilfspolizei und des Bahnschutzes — Frankreichs Vorstoß gescheitert

Genf, 23. Mai.

Die französische Diplomatie hat in Genf einen ersten empfindlichen Mißerfolg zu verzeichnen. Im Effektivausfluß der Abrüstungskonferenz wurde der französische Antrag, die deutsche Hilfspolizei bei der Berechnung der Heresbestände in Rechnung zu bringen, endgültig mit acht gegen sechs Stimmen abgelehnt. Für den französischen Antrag stimmten Frankreich, Polen, die Staaten der Kleinen Entente und Belgien, während sich außer Deutschland, Österreich, England, Amerika, Italien, Schweden, Ungarn und Holland dagegen aussprachen. Ein anderer Antrag, den deutschen Bahnschutz in die Berechnung der Heresbestände einzubeziehen, wurde ebenfalls mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

Bei der Ablehnung des Antrags über den Bahnschutz war die französische Gruppe vollständig isoliert. Bezüglich der deutschen Hilfspolizei hatte der italienische Vertreter unter Hinweis auf die bedeutende außenpolitische Rolle des Kanzlers hin beantragt, die Frage der Hilfspolizei aus den Beratungen auszuschalten.

Befanlich hat der Reichsanstalt erklärt, daß die Hilfspolizei noch im Laufe dieses Jahres nach Erledigung ihrer Aufgaben aufgelöst würde.

Es kam dann doch noch zu einer Aussprache, in der die Franzosen viel mit einem heftigen Dokument arbeiteten, das ihnen offenbar durch den französischen Nachrichten- und Spionagedienst in die Hände gekommen ist.

General Schönheim konnte nachweisen, daß die betreffende Verfügung der hessischen Regierung, die sich mit der Bildung geschlossener Bereitschaften beschäftigt, inzwischen zurückgenommen worden ist. Er benutzte aber auch diese Gelegenheit wieder, um erneut gegen das von den Franzosen abwärts angewandte Verfahren zu protestieren.

Wiederholt hat die ganze französische Staatsengruppe in diesen Beratungen sich offensichtlich des Mittels der Spionage bedient. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß schon im Jahre 1921 der Völkerverbund bei der Schaffung des militärischen Jahrbuchs, das die militärischen Angaben der verschiedenen Länder enthält, sich von dem Gedanken leiten ließ, Spionage künftig auszuschalten. Wie wenig sich die Franzosen danach richten, haben die Verhandlungen des Effektivausflusses deutlich gezeigt.

„Eine bittere Pille“.

Frankreich und die Verhandlungen über den Viermächtepakt. — Abrüstungsfrage.

Paris, 22. Mai. Der französische Außenminister Paul Boncour erklärte, daß von einem Abschluß der Verhandlungen über den Viermächtepakt keine Rede sein könne, solange die französische Regierung noch nicht dazu Stellung genommen habe. Am Dienstag vormittag findet ein Ministerrat statt, auf dem der Stand der römischen Verhandlungen eingehend besprochen und außerdem die französische Haltung auf der Abrüstungskonferenz unter besonderer Berücksichtigung der Erklärung Norman Davis' festgelegt werden soll. Die allgemeine Auffassung der politischen Kreise hinsichtlich des Viermächtepaktes ist optimistisch. Anders verhält es sich mit den Abrüstungsverhandlungen, wo der letzte Beschluß des Effektivausflusses über die deutsche Hilfspolizei als eine bittere Pille bezeichnet wird.

Amerika für den Macdonaldplan

In der Montagtagung des Hauptausflusses der Abrüstungskonferenz gab der amerikanische Vertreter Norman Davis folgende grundsätzliche Erklärung ab:

Wir nehmen den englischen Vorschlag von ganzem Herzen an und betrachten ihn als positiven und verheißungsvollen Schritt zu dem gewünschten Ziele. Im Falle, daß der Frieden bedroht sein sollte, sind wir bereit, mit den anderen Staaten in Beratungen einzutreten, um den Ausbruch des Konflikts zu verhindern.

Diese Erklärung entspricht der Ankündigung, die bereits in der Vorkonferenz des Präsidenten Roosevelt gemacht worden war.

Aus Washington wird dazu ausdrücklich betont, daß Präsident Roosevelt den Wortlaut der Rede des amerikanischen Hauptdelegierten in Genf gebilligt hat. In der englischen Presse werden allerdings verschiedentlich Zweifel laut, ob diese amerikanischen Zugeständnisse zur Befriedigung der Forderungen Frankreichs ausreichen (1) werden.

Amerika wird deutlich

Norman Davis fordert in Genf sofortige wirksame Abrüstungsmaßnahmen. Genf, 23. Mai.

Die Montagtagung des Hauptausflusses der Abrüstungskonferenz, die in Anwesenheit des englischen Außenministers Sir John Simon und des französischen Außenministers Paul-Boncour stattfand, stand im Zeichen der hochbedeutsamen Erklärungen des amerikanischen Bevollmächtigten Norman Davis.

Der amerikanische Delegierte vertrat im Sinne der Vorkonferenz mit großem Nachdruck die Forderung nach sofortigen wirksamen Abrüstungsmaßnahmen. Er begründete seine Forderungen insbesondere auf dem Gebiete der schweren Angriffswaffen in vollkommener Übereinstimmung mit der deutschen Auffassung, die kürzlich noch von Reichkanzler Adolf Hitler der Welt verkündet worden ist.

Die Friedensverträge hätten die Rüstungen Deutschlands und seiner Verbündeten herabgesetzt, um sie zum Angriff unfähig zu machen. Es sei weder gerecht noch weise, daß die Zentralmächte für immer einem Sonderregime in Bezug auf die Rüstungen unterworfen blieben. Auf Seiten der Signatarmächte der Friedensverträge habe man immer die Verpflichtung zugestanden, ihre Rüstungen gleichfalls stufenweise auf ein Niveau herabzusetzen, das ihrem Verteidigungsbedürfnis entspreche. Die Vereinigten Staaten seien, obwohl sie nicht Unterzeichner des Versailler Vertrages seien, bereit, bis auf dieses Niveau herabzurufen.

Die Staaten der Welt müßten sich dazu entschließen, die Rüstungen, zu denen sie sich 1919 bekannt hätten, anzuerkennen.

Oder sie müßten offen bekennen, daß sie diese Politik aufgegeben hätten. Damit werde die Politik des Rüstungswettlaufes und der Rüstungs rivalitäten wiederhergestellt. Ein Mißerfolg der Abrüstungskonferenz werde den dringend notwendigen wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt weiter verzögern.

Norman Davis erklärte weiter, daß die Vereinigten Staaten auf dem Gebiete der Abrüstung so weit gehen würden wie jeder andere Staat. Das Endziel müsse sein, das Niveau der Rüstungen, wie es in den Friedensverträgen festgelegt sei, zu erreichen.

Zur Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten an Maßnahmen

auf dem Gebiete der Friedenssicherung

erklärte Norman Davis, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, sich mit den anderen Nationen zu beraten, wenn der Friede bedroht werde.

Weiter sei Amerika bereit, bei etwaigen Maßnahmen gegen einen Angreifer auf jede Haltung zu verzichten, die geeignet wäre, den Erfolg der Kollektivmaßnahmen der anderen Staaten in Frage zu stellen. Ferner erklärte der amerikanische Delegierte, daß die Vereinigten Staaten an einem Kontrollsystem teilnehmen wollten. Der Hauptzweck der zu schaffenden ständigen Abrüstungskommission müsse nach Auffassung Amerikas der sein, darüber zu wachen, daß die Bestimmungen des Rüstungsvertrages nicht verletzt würden.

Schließlich erwähnte Norman Davis noch in diesem Zusammenhang den Vorschlag Roosevelts, daß alle Staaten sich freiwillig verpflichten sollten, unter Vorbehalt der in den Verträgen festgelegten Rechte ihre Streitkräfte nicht außerhalb ihrer Staatsgebiete zu entsenden.

Wenn ein Staat, fuhr Norman Davis weiter fort, sich das Recht der Wiederaufrüstung vorbehalten sollte für einen solchen Fall, wo andere Mächte effektive und bedeutende Abrüstungsverpflichtungen übernehmen, so würde eine solche Nation den größten Teil der Verantwortung für den Mißerfolg der Abrüstungskonferenz mit allen unberechenbaren Folgen übernehmen.

Vor einigen Tagen habe die Konferenz vor ernstlichen Schwierigkeiten gestanden. Seitdem habe sich aber die Lage gebessert. Der deutsche Reichkanzler habe sich in seiner Rede im einzelnen über die deutsche Haltung auf dem Gebiete der Abrüstung verbreitet. Das sei sehr nützlich gewesen. Diese Rede in Verbindung mit der neuen Erklärung des Vorkonferenzers Radolny habe die Situation derart geändert, daß man jetzt von neuem die Prüfung des englischen Planes aufnehmen könne in der Hoffnung, zum Ziele zu gelangen. Die amerikanische Delegation nehme die Bestimmungen des englischen Entwurfes über das Kriegsmaterial an.

Paul-Boncour neuer Sabotageversuch

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahmen auch die Vertreter Italiens, Englands und Frankreichs das Wort. Der französische Außenminister Paul-Boncour nahm die Erklärungen des amerikanischen Delegierten zum Anlaß, um zu beantragen, daß der Hauptausfluß in seinen materiellen Beratungen nunmehr auf den sicherheitspolitischen Teil des englischen Entwurfes zurückgeht. Ueber den Antrag Paul-Boncours entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in der der Delegierte Spaniens, Vorkonferenzler Madariaga, bereits jetzt gewisse Wünsche der kleineren und mittleren Seemächte zum Macdonald-Plan ankündigte.

Sodann nahm noch einmal der amerikanische Delegierte Norman Davis zu einer kurzen Intervention das Wort, in der er in auffallend entschiedener Weise gegen die Tendenzen Paul-Boncours Stellung nahm, jetzt die Frage der Sicherheit in den Vordergrund zu rücken. Norman Davis erklärte, nach seinen heutigen Mitteilungen glaube er, daß man mit der Frage der Sicherheit nicht mehr länger die Zeit verschwenden solle.

Zur Klärung der Frage machte Norman Davis sodann den Vorschlag, daß das erweiterte Präsidium der Konferenz am Dienstag zusammentreten soll. Paul-Boncour erhob keine Einwände, und der Präsident machte sich den Vorschlag des amerikanischen Delegierten zu eigen. Der Hauptausfluß tritt wieder heute nachmittag zusammen.

Ein Schreiben Radolnys

Zu Beginn der Montagtagung hatte der Präsident Henderson ein Schreiben des deutschen Delegierten, Vorkonferenzler Radolny, bekanntgegeben. In diesem Schreiben teilt die deutsche Delegation mit, daß sie ihre der Konferenz vorliegenden Anträge der neuen Lage gemäß der Rede des Reichs-

Der Butterpreis

Warnung vor einer ungerechtfertigten Preissteigerung. Berlin, 23. Mai.

Zu der stellenweise entstandenen Nervosität über die Entwicklung der Butterpreise wird vom Büro des Preisüberwachungskommissars darauf hingewiesen, daß bei einer Notierung von 1,20 Mark für das Pfund Butter im Großhandel die Herstellungskosten des Einzelhandels vor der Berechnung des Gewinnzuschlages, d. h. Verpackung, Transport, Versicherung usw., zehn Pfennig betragen. Der Preisüberwachungskommissar rechnet dazu mit einer Verdienstspanne von 12 bis 14 Prozent. Das würde einen Gesamtpreis im Einzelhandel von 1,45 bis 1,50 Mark bedeuten.

Schon vor 14 Tagen hat der Preisüberwachungskommissar für Preisüberwachung in einem Rundschreiben an die Länderregierungen darauf hingewiesen, daß ungerechtfertigten Preissteigerungen entgegengetreten werden muß und vor allem keine Erhöhung der Verdienstspanne zugelassen werden darf.

Deutscher Gemeindetag

Vereinheitlichung der kommunalen Spitzenverbände. Berlin, 23. Mai.

Auf Veranlassung des Präsidenten des Preussischen Staatsrats und im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Inneren fand im Preussischen Staatsrat eine Sitzung der Vorsitzenden und geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen und des Preussischen Städtetages, des Reichsstädtebundes, des Deutschen und des Preussischen Landkreistages, des Landgemeindetages West und des Verbandes der preussischen Provinzialstädte statt.

Die Vorsitzenden und die geschäftsführenden Präsidenten der Verbände unterzeichneten eine Erklärung, in der es heißt:

„Wir haben davon Kenntnis erhalten, daß die NSDAP. künftig nur noch den „Deutschen Gemeindetag“ und seine Landesverbände als alleinige korporative Vertretung der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände anerkennen wird. Wir verpflichten uns, unwiderruflich und bedingungslos für die von uns geführten Verbände in der vom Führer des „Deutschen Gemeindetages“ gewünschten Form unverzüglich alle zu veranlassen, um unsere Verbände korporativ oder nach Auflösung derselben in den „Deutschen Gemeindetag“ zu überführen. Gleichzeitig erteilen wir Herrn Oberbürgermeister Fiebler-München jede diesem erforderlich erscheinende Vollmacht, um die zur Erreichung des obigen Zieles notwendig erscheinenden Schritte, darunter auch rechtsgeschäftliche Handlungen vorzunehmen.“

Oberbürgermeister Fiebler hat bereits im Deutschen Städtetag die Vorarbeiten für die Vereinheitlichung der kommunalen Spitzenverbände aufgenommen.

Beflaggung am Schlageterstag

Berlin, 23. Mai.

Die Beflaggung am Schlageter-Gedenktag ist vom preussischen Staatsministerium folgendermaßen geregelt worden: Zur Ehrung von Leo Schlageter setzen am Freitag, den 26. Mai 1933, aus Anlaß der zehnjährigen Wiedergeburt des Tages, an dem dieser deutsche Held sein Leben für die Befreiung der Rheinlande geopfert hat, alle staatlichen und kommunalen Dienstgebäude, die Gebäude der übrigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie die Gebäude der öffentlichen Schulen die Fahne Schwarz-Weiß, die Hakenkreuzflagge und die schwarz-weiß-rote Fahne auf Vollmast.

Kommunistische Zentrale

im Sauerland ausgehoben. — 27 Kommunisten festgenommen.

Dortmund, 22. Mai. Von einer kommunistischen Zentrale in Reheim-Hüsten (Sauerland) aus nahmen, wie festgestellt wurde, staatsfeindliche Umtriebe ihren Ausgang. Zusammen mit der örtlichen Polizeibehörde gelang es jetzt, Dortmunds Kriminalbeamten 43 Beschuldigte zu ermitteln, wovon 33 des Hochverrats, Landfriedensbruchs bzw. unbefugten Waffenbesitzes überführt sind. 27 Kommunisten konnten festgenommen werden.

SA-Mann bestialisch ermordet.

Erlangen, 23. Mai. Nach einer Meldung des „Frankfurter Kurier“ wurde in der Nacht zum Montag in Runreuth der einzige dortige SA-Mann auf bestialische Weise ermordet. Auf dem Heimwege wurde er von verschiedenen Personen verfolgt und angehalten. Man hieb auf den SA-Mann ein und tauchte ihn schließlich in den nahegelegenen Weiher, bis er ertrank. Am Montagabend hat sich der Sonderkommissar für Erlangen, Dr. Dehnel, nach Runreuth begeben. Den Haupttäter hat man gefaßt. Er wurde nach Bamberg ins Gefängnis eingeliefert.

Jede Tasse Kathreiner ist — eine Tasse Gesundheit!

„Das traurige Nachwerk von Versailles“.

Die englische Zeitschrift „West Africa“ äußert sich in einem Artikel zur politischen Lage Deutschlands mit bemerkenswerter Offenheit über das Versailler Diktat. Sie schreibt: Unsere Zeitschrift hat seit Jahren nicht nur einer Revision des verachtungswürdigen und kurzfristig gehaltenen Versailler Vertrages zugestimmt, sondern auch dafür gekämpft. Es wäre töricht zu glauben, daß z. B. die allgemeine koloniale Lage, wie sie von diesem traurigen Nachwerk (miserable instrument) geschaffen wurde, irgendwelchen Bestand haben könne. Die Zeitung habe das Recht, ihrer Meinung dahin Ausdruck zu geben, daß auch ein neues Groß-Deutschland sich erst dann aus seinem Elend erheben kann, wenn endlich ein Schlußstrich unter die alten Begebenheiten gezogen würde. Es wäre unmöglich, eine Politik aufrecht zu erhalten, die die edelsten und besten Kräfte einer Nation dauernd beleidigt und ihren aufstrebenden Geist vergewaltigt.

Kanzlers und den Erklärungen Adolfs auch formell angepaßt hat. Der Antrag, den die deutsche Delegation bezüglich der Vereinheitlichung der Heeresysteme vor einiger Zeit eingebracht hatte, ist gegenstandslos geworden, und die deutsche Delegation hat ihn daraufhin zurückgezogen. Bezüglich der anderen Anträge, die bestimmte deutsche Forderungen auf dem Gebiete des Kriegsmaterials enthalten, behält sich die deutsche Delegation ihre weitere Stellungnahme vor.

Bedeutungsvolle Kleinigkeiten.

In seinem „Reglement der militärischen Erziehung“, neueste Ausgabe, Sonderbestimmungen für den französischen Infanteristen, verbreitet sich der französische Kriegsminister über die Bestimmungen über den Nahkampf wie folgt:

„Schnelligkeit und Wucht des Angriffs sowie das ganze Vorgehen sind bis zur äußersten Wut zu steigern. Genaue Kenntnis der am leichtesten verwundbaren Körperteile ist unerlässlich. Die wirksamsten Schläge müssen sozulegen maschinenmäßig und brutal ausgeführt werden.

... er hat den Gegner auf brutale Weise ins Gesicht zu schlagen.

... nun biegt man dem Gegner ruckartig den Kopf hintenüber, bis ihm das Genick gebrochen ist.

Wenn der Soldat die Weichteile des Gegners mit seinem Bajonett durchbohrt hat, muß er so rasch wie möglich dasselbe wieder herausziehen und die Waffe des Feindes an sich reißen. Er muß sie ihm unter Anwendung aller Kraft entwinden und dadurch nachhelfen, daß er mit dem Fuß in den Körper des Gegners tritt.

Beim Handgemenge muß man den Gegner zum Loslassen zwingen entweder dadurch, daß man ihm das Gesicht zerschmettert oder durch einen Knieschlag gegen die unteren Körperpartien.“

Der Krieg ist kein Kinderspielplatz, und in der Wut des Ringens wird man, das weiß jeder Frontkämpfer, nicht immer fair play geben können.

Die vorliegende Instruktion aber zeigt, daß hier nicht mehr Soldatensache gelehrt wird, sondern daß Frankreich seine Soldaten zu Schlächtern ausbildet und drückt. Für den französischen Soldaten soll der Gedanke, sein Gegner — und nur Deutsche werden als solche angesehen — sei Soldat und Kämpfer für seine Nation und darum ein ehrenvoller Gegner, ausgeschaltet werden.

Das ist die Nation, die von uns moralische Abrüstung verlangt, die den Völkern als Bestie darzustellen beliebt.

Und der Unterfertiger dieses Instruktionbuchs ist — welcher Paradoxismus! — Kriegsminister Paul Painlevé, Mitglied der Liga für Menschenrechte.

Und ein anderes.

Englische, französische und belgische Aufträge, die sonst an reichsdeutsche Firmen begeben wurden, gehen nach der Tschechei. Ein einziger Konzern in Wernsdorf C.S.R. erhielt dieser Tage Aufträge auf viele Millionen von Paaren Strümpfe aller Qualitäten. Dieser glückliche Konzern arbeitet in mehreren Schichten von früh morgens 5 Uhr bis spät in die Nacht und hat nicht nur seinen Stamm von circa 1000 Arbeitern voll beschäftigt, sondern er konnte darüber hinaus weitere 200 einstellen. Darüber hinaus werden noch acht Strumpfwarenfabriken der Umgebung beschäftigt, und die Arbeiterzüge rollen täglich gestopft voll zum Werk. — Hier liegt nicht nur Wett-

bewerbskampf vor, sondern der Geldjude rächt sich für den Verlust der Wirtschaftsprüfung Deutschland.

Der deutsche Arbeiter muß erkennen lernen, daß sein Kampf um ein nationales Deutschland erst begonnen hat, er muß begreifen lernen, daß er von den goldenen Ketten nicht frei kommt, wenn er den Kampf nicht stahlhart zu Ende führt.

Nochmals „Deflationspolitik in der Schweiz“.

Der Freiwirtschaftler H. K. beschäftigt sich in Nr. 115 dieser Zeitung unter obiger Spitzmarke mit einer für das Wirtschaftsleben der Schweizerischen Eidgenossenschaft wichtigen Frage, über die auf Grund eines Beschlusses der Bundesversammlung, d. h. der beiden gesetzgebenden Kammern des Landes: Nationalrat und Ständerat, das stimmbare Schweizervolk auf den 28. Mai an die Urnen gerufen wird.

Was die Form dieser Einsetzung betrifft, so entspricht es nicht gerade den Anforderungen persönlichen Taktgefühls und staatsmännischer Weisheit, einen Gegner, ehe man auch nur mit ihm sich auszupprechen begonnen hat, der Dummheit zu zeihen.

Zum Inhalt der Rundgebung nur ein paar Sätze:

1. Es handelt sich bei der in Frage stehenden Abstimmung nicht um ein Abenteuer unverantwortlicher Phantasten; sondern der Bundesrat hat die Vorlage eingebracht, um im Verein mit andern Maßnahmen das stark bedrohte finanzielle Gleichgewicht des Landes zu festigen. Denn wenn die Schweiz Weltkrieg und Revolution auch „mit hohem Rabat“ durchgemacht hat, so ist sie doch je länger, je tiefer in die allgemeine Krise und Not hineingezogen worden. Was nun die Bundesräte sich selbst, den Beamten und Angestellten des Bundes und seiner Betriebe zumuten, ist nicht etwa ein harter und starker Abbau der Befoldungen, Gehälter und Löhne, sondern eine Anpassung dieser Bezüge an die in den letzten Jahren erheblich verminderten Lebenskosten. Da seit dem 1927 erlassenen Beamtengesetz die Lebenshaltung um 17 Prozent verbilligt worden ist, so bedeutet es sicher keinen Raubbau an den im Bundesdienst stehenden, wenn ihnen zugemutet wird, unter gleichzeitiger Erhöhung der Kinderzulagen, für die Dauer von 1 1/2 Jahren auf 7 1/2 Proz. ihrer Einkünfte zu verzichten, sondern einen Ausgleich der Beamten u. s. w. mit den meisten andern Bürgern, die unter der Krise schwer gelitten haben.

2. Wenn H. K. nun meint, es bestehen in der Schweiz zwei geschlossene Fronten: Die Regierung, Banken und Marxisten! Sie Löhne- und Gehaltsempfänger „unter der zielklaren Führung des Schweizer Freiwirtschaftsbundes!“ so beweist er damit nur, daß er der weglaren Einsicht in unsere politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse entbehrt. Der Streit der Geister vollzieht sich nicht im Rahmen von Interessengruppen, sondern auch wir tragen darnach, den Kampf dadurch auszufechten, daß wir auf Gründe und Gegengründe hören und unsere Freiheit weder Parteibonzen, noch Wirtschaftstheoretikern verkaufen.

3. Mit Frei- (richtiger: Schwund-) Geld werden zur Zeit da und dort Versuche angestellt. Aber eine noch in den Anfängen der Erprobung stehende Wirtschaftstheorie schafft weder Deflation noch Inflation aus der Welt. Wenn mir Herr H. K. darin nicht bestimmen kann, so möge er meine Unbelehrbarkeit meiner — Dummheit zu gute halten.

Goldern am Hasliberg, den 19. Mai 1933.

Rudolf Burckhardt, Doktor der Staatswissenschaften.

Hitler in Kiel

Besuch des Reichskanzlers bei der Reichsmarine.

Reichskanzler Adolf Hitler traf Montag vormittag mit dem Flugzeug aus Berlin auf dem Kieler Flughafen Holtenau zu seinem zweitägigen Besuch der Reichsmarine ein. In seiner Begleitung befanden sich Vizekanzler von Papen und Reichspropagandaminister Dr. Goebbels. Vorher waren bereits Reichswehrminister von Blomberg, der preussische Ministerpräsident Göring und Reichsstatthalter Ritter von Epp in Kiel angekommen.

Nach der Begrüßung durch den Chef der Marineleitung, Admiral Raeder, schritt der Kanzler die Front eines Fliegersturmes der SM. und einer Ehrenkompanie ab und begab sich unter dem Jubel einer vieltausendköpfigen Menge, die den Flugplatz und die Zufahrtsstraßen dicht umsäumt hielt, im Kraftwagen sofort in die Kaserne in der Wit, wo auf dem weiten Hofe sämtliche Kieler Landmarinenteile sowie Abordnungen der Schiffe und Bootverbände mit Gewehr Paradeaufstellung genommen hatten. Als gegen 11.15 Uhr der Kanzler, vom Flugplatz kommend, eintraf, erstattete ihm unter präsentiertem Gewehr der Stationschef Vizadmiral Albrecht Meldung, worauf der Kanzler unter den Klängen des Präsentiermarsches die Front der aufmarschierten Truppen abschritt. In seiner Begleitung befanden sich neben den Flaggoffizieren des Standorts Kiel der Reichswehrminister und der Chef der Marineleitung.

Der Kanzler an die Reichsmarine

Nach dem Abschieden hielt der Reichskanzler vom Chinadentmal aus eine Ansprache an die Truppe. Der Kanzler ging von der Revolution des November 1918 aus, die den Kampf der Stände und Klassen untereinander ausgruben und uns in einem anstehenden 14-jährigen Kampf zugrunde gerichtet habe. Der Kanzler sprach dann von der neuen Erhebung, die jetzt den Frieden in Deutschland proklamiert habe. Es sei eine neue Gemeinschaft entstanden, die alle umfassen werde, die guten Willens seien.

„In dieser Gemeinschaft“ — so erklärte der Reichskanzler — „liegt keine Drohung gegen die übrige Welt. Wir wollen den Frieden, vielleicht mehr als alle anderen, denn wir brauchen ihn, um Brot für unsere Millionen arbeitslosen Volksgenossen zu schaffen. Aber der Friede wird immer nur dem gegeben, der des Friedens würdig ist. Würdig ist aber nur das Volk, das die Empfindung sich erhält für die Notwendigkeit der Ehre und der Freiheit. In diesem Sinne proklamiert diese deutsche Erhebung das Ringen für die deutsche Freiheit und Gleichberechtigung in der Welt.“

Soldaten der Reichsmarine! Sie selbst haben große Traditionen zu wahren. Nur wenige Jahrzehnte haben dem alten Deutschland für Ausbildung seiner Wehr zur Verfügung gestanden. Diese Jahrzehnte sind von ihm benutzt worden, um das ganze deutsche Volk mit Stolz auf seine Blaujaden sehen zu lassen. Dann kam die Zeit der Demütigung.

Und nun hat Deutschland sich wiedergefunden, um der deutschen Arbeit den Weg zur Freiheit zu bahnen. In diesem Sinne begrüße ich unsere deutsche Flotte.

Wenn diese Flotte auch klein ist, so sieht doch ganz Deutschland mit Freude auf sie. Denn sie ist der sichtbare Repräsentant des deutschen Ehrbegriffes und der deutschen Geltung draußen in der Welt. Vergessen Sie draußen nie, daß sie ein Stück von Deutschland

ist, wie auch Deutschland Sie nicht vergißt. Die deutsche Reichsregierung ist nach Kiel gekommen, um diese unsere deutsche Flotte zu begrüßen. Aber dieser Besuch ist zugleich ein Bekenntnis:

So groß unsere Sehnsucht nach dem Frieden ist, so groß ist aber auch unsere Entschlossenheit, dem Deutschen Volke das gleiche Recht und seine Freiheit wieder zurückzugewinnen. In diesem Entschluß begrüßen wir unser deutsches Volk mit dem Gelübnis, diesen Kampf als Vermächtnis unserer Generationen durchzuführen, solange, bis wiederersteht ein Deutschland der Ehre und Freiheit.“

Augenoptik

Werkstatt
für Neuverfertigung und Reparatur

Freder
Optiker
Fernruf 1012
Bielefeld, Gütersloher-Straße 14

Wir empfehlen unsere, in eigener Werkstatt, aus bestem Material hergestellten



Aluminium-Geschirre
für Küche
und Tisch

Sowie die bei uns selbst angefertigten
Korbwaren, Sessel und Tische

Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel

Braunschweiger Frischpargel
10 Stk. Netto 5.00 RM
10 • II. • 4.20 •
10 • III. • 3.50 •
Nachnahme frei Haus
H. M. Freimann, Konfektfabrik
Braunschweig, Nordstraße 30/17

Naturreiner Wald-
Himbeer-Saft
mit Zucker
6 Pfund Kanne RM 4.50
10 Pfund Kanne „ 7.50
mit Kanne frei Haus Nachnahme
durch:
Sano-Fabrik Jenny
Lindau-Reutin (Bodensee)
Wiederverkäufer Sonderpreise

Baden - Baden
Haus Tabor
Gernsbachersstraße 51.
Zimmer mit Frühl. RM 2.50 u. 3.-

M. v. Brandt
Bielefeld, Schillerplatz 12
An- und Verkauf von Grundstücken;
vorschußfreie Vermittlung von Hypotheken
Übernahme von Hausverwaltungen
und Versicherungen.
Beihilfe in Rechts-, Miet- und Versicherungssachen-Sachen.

Ostseebad Swinemünde

Christliches Erholungsheim Parkhof, Gartenstraße.
Vollständig renoviert, neue fachm. Bewirtschaftung. Auß. Haus
am Kurpark. Zimmer mit und ohne Balkon von 1.75 RM, volle
Benz. von 3.50 RM an. Bäd. Luftb. u. s. w. und Tagungen Ermäß.
Vorzügl. Küche, auch Diät. Tägl. Andacht. Inh. Willy Walter.



Wäsche,
die vergilbt und grau,
wird durch **Sil**
so frisch wie Tau!

S. 232/33 b

Bethel.

Christl. Verein j. Männer. Heute, Dienstag, 8 Uhr in
Gosen außerordentl. Mitgliederversammlung.
Botschafterchor. Die Übungsstunde fällt heute aus.
Dumme.

Hergl. Einladung zu unserer Familienfeier am
Himmelfahrtstage nachm. 3 Uhr auf dem Lindenhof. —
Kaffee für Erwachsene 30, für Kinder 15 Pfg. Zubrot bitte
mitbringen. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Blaukreuzverein Bethel.

Weggenoffenkreis. Mittwoch abend 8.15 Uhr bei
Pastor Frick. Donnerstag früh pünktlich 4.45 Uhr
Treffpunkt an der Bethelkirche.

Schriftleitung: B. Kraus; Wirtschafts- und Belpolitik:
Dr. S. Hüttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Nr. 121.

Zum K.

Aus C.

Sinwe.

Die di.

Du ste.

Da kl.

Die G.

Und d.

Unter

„Er fü

Hände au

segnete, f

Die Jünger

nur die Jünger

die Erde, die

Herr. Der let

Die Jünger u

Wir haben i

unseren leibli

nabe ist, eine

der er verklei

im Stich durc

bleiben. Und

in ihm die M

ewigen Liebe

so soll nun di

baren Welt h

lichen Vollen

mehr als ein

Durch das Seg

lichkeit die W

ein neues Vel

So können

Bunder erklä

dert ja bestär

Gottes sein

Weltall das

die Hebertret

Erde, die M

halten von

Sünde bestär

selbst, ihrer

Aber auch die

dieses Gerich

die große ur

selbst nicht

Planen, alle

gen wie in

nun muß off

Segen Christ

Wir müssen

nicht verstan

sein Friede

ist. Wenn di

deutlicher he

Licht und Fi

erst recht.

herauskomm

andern sich

mit dem S

Beim H

nenden Hän

lassen, dann

und allein

Hauptes we

da, o Christ

an dir gem

große Ged

deuten. G

übergroße

Lebenszeit!

allen schon

Gottes den

gehen.